

## Meinungsumfrage aus Anlass der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan: Aktuelle Meinungstrends, Wahlkampf und Kandidaten

**Afghanistan wählt am 20. August 2009 zum zweiten Mal seit der Vertreibung der Taliban einen Staatspräsidenten. Das Ergebnis der Wählerregistrierung, die am 18. Februar 2009 abgeschlossen wurde, stimmte viele Beobachter optimistisch: Mit rund 17 Millionen registrierten Wählern wurden die Erwartungen übertroffen.**

In Afghanistan scheint es keine Wahlapathie zu geben, merken aufmerksame Beobachter in Kabul an. Doch der Sachverhalt, dass in manchen paschtunisch dominierten Provinzen Ost- und Süd-Afghanistans, wie bspw. Loghar, Frauen bis zu 72% der Wähler ausmachen, stimmt sie auch etwas nachdenklich. Eine Erklärung für den hohen Prozentsatz ist, dass oftmals imaginäre weibliche Familienangehörige durch männliche Verwandte registriert werden, um so an die begehrten Wahlkarten zu gelangen. Auch gibt es keinen Mechanismus, verstorbene Wähler auszuschließen. Wahlkarten könnten vererbt werden und Tote als Wähler wieder auferstehen. Ebenso wird bemängelt, dass – anders als 2004 – die Stimmen schon in den lokalen Wahlstationen ausgezählt werden und nicht erst auf Provinzebene. Man befürchtet Wahlmanipulationen im großen Stil. Dies ist kein unberechtigter Zweifel, wurde doch Afghanistan auf dem Korruptionswahrnehmungsindex 2008 von Transparency International auf Rang 176 von 180 Staaten platziert. Ein Großteil der Afghanen scheint das Vertrauen in transparente Wahlen aufgegeben zu haben.

Laut Azizullah Ludin, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Wahlkommission Afghanistans, ließen sich trotzdem 4,6 Millionen Wähler mehr registrieren als bei den Präsi-

dentschaftswahlen 2004. Nur 30% der Wähler wohnen in Städten, rund 70% der Wähler stammen aus dörflichen Gebieten – die Wahl wird also auf dem Land entschieden werden. Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen müssen laut Artikel 62 der afghanischen Verfassung vier Kernkriterien erfüllen: Sie müssen mindestens 40 Jahre alt und unbescholten sein, eine Bearbeitungsgebühr von umgerechnet 1.000 US-Dollar entrichten sowie 10.000 Unterstützungsunterschriften vorweisen können. Bis zum 12. Juni 2009 wird die Unabhängige Wahlkommission über die endgültige Kandidatenliste entscheiden und vielleicht den einen oder anderen Amtsbewerber disqualifizieren, der die Kriterien nicht erfüllt. Derzeit erhoffen sich 44 Kandidaten, nach dem Urnengang in den Präsidentenpalast einzuziehen zu dürfen. Einer, der hofft nicht ausziehen zu müssen, ist der amtierende Präsident, Hamid Karzai, der mit der Registrierungsnummer 983418 und dem eigens für die zahlreichen Analphabeten entwickelten Symbol der Waage erneut an den Start gehen wird.

### AKTUELLE MEINUNGSTRENDS

Die Chancen für eine Wiederwahl Karzais stehen laut einer Umfrage des National Centre for Policy Research (NCP) der Universität Kabul nicht schlecht: Im Rahmen eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem NCP umgesetzten Hochschulprojekts wurden vom 23. bis 30. April 2009 5.040 Personen in fünf Provinzen Afghanistans (Kabul: 1.040, Herat: 1.000, Nangarhar: 1.000, Khost: 1.000 und Balkh: 1.000) zu insgesamt 16 Fragen interviewt, die mit Ja oder Nein beantwortet werden

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AFGHANISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

25. Mai 2009

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

konnten. Die Provinzen wurden ausgewählt, weil sie den Norden, Süden, Osten und Westen des Landes repräsentieren sowie über Universitätsstrukturen verfügen, die in die Umfrage miteingebunden wurden. Die Meinungsumfrage hat keinen genuin repräsentativen Charakter, gewährt aber dennoch einen Einblick in die gegenwärtigen Meinungstrends in Afghanistan.

### **Demokratieentwicklung (+3 Prozentpunkte/PP)**

Bei der Umfrage gaben 56% der Befragten an, mit den demokratischen Entwicklungen in Afghanistan zufrieden zu sein, 44% sind mit den Entwicklungen unzufrieden. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung um drei Prozentpunkte dar.

### **Regierungsleistung (+15 PP)**

Verbessert hat sich laut den Umfrageergebnissen auch die Beurteilung der Arbeitsleistung der afghanischen Regierung. Zwar fällt das Gesamturteil immer noch unbefriedigend aus, aber immerhin 34% der Befragten gaben an, mit der Regierungsleistung zufrieden zu sein. Dies stellt eine Verbesserung um 15 Prozentpunkte dar, beantworteten doch 2008 die Frage nur 19% der Interviewteilnehmer positiv.

### **Parlamentsleistung (+7 PP)**

Ein ähnlicher Trend zeichnet sich auch bei der Beurteilung der Arbeitsleistung des afghanischen Parlaments ab. 2008 beantworteten nur 25% die Frage nach der Arbeitsleistung des Parlaments positiv, dieses Jahr erhöhte sich die Anzahl auf 32%.

### **Politische Parteien (-8 PP)**

Auf die Frage, ob politische Parteien in Afghanistan eine Rolle spielen, antworteten bei der diesjährigen Befragung 40% der interviewten Personen mit Ja, 60% mit Nein. Im Jahr 2008 wurde dies von 48% der befragten Personen positiver betrachtet, eine Reduzierung um acht Prozentpunkte ist erkennbar. Bei den Präsidentschaftswahlen spielen die Parteien keine übergeordnete

Rolle, lediglich 16% der Präsidentschaftskandidaten gehören politischen Parteien an.

### **Präsidentschaftswahlen 2009 (+2 PP)**

Die Umfrage ergab ferner, dass 81% der Befragten bei der Präsidentschaftswahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen möchten. Lediglich 19% gaben an, auf den Urnengang verzichten zu wollen. Im Vorjahr gaben 79% an, wählen gehen zu wollen – insgesamt eine Verbesserung um zwei Prozentpunkte.

### **Parlamentswahlen 2010 (-1 PP)**

Insgesamt 77% der Befragten gaben an, bei den Parlamentswahlen 2010 ihr Stimmrecht zu beanspruchen, lediglich 23% wollen auf ihr Stimmrecht verzichten. Im Jahr 2008 beantworteten die Frage 78% positiv und 12% negativ.

### **ISAF - ein Sicherheitsgarant? (-11 PP)**

Die befragten Personen scheinen die ISAF auf Grund der Verschärfung des Konflikts nicht mehr uneingeschränkt als Sicherheitsgaranten für Afghanistan wahrzunehmen. Im Vorjahr gaben noch 47% an, die ISAF als Garant für Sicherheit und Frieden anzusehen. Bei der diesjährigen Meinungsumfrage waren es nur noch 36% der befragten Afghanen. 64% scheinen nicht mehr an die ISAF als Sicherheitsgarant zu glauben. Dies stellt eine alarmierende Veränderung von elf Prozentpunkten zum Vorjahr dar. Bei der Umfrage gab es ferner erhebliche Schwankungen zwischen dem Norden und Osten Afghanistans. In der im Norden gelegenen Provinz Balkh beispielsweise, in der die Bundeswehr sehr stark vertreten ist, wurde die Frage mit 53% um elf Prozentpunkte positiver beantwortet als im Durchschnitt. Der Norden erscheint demnach den befragten Personen auch weiter vergleichsweise stabil. Die überdurchschnittlich gute Sicherheitssituation und die damit verbundene wirtschaftliche Entwicklung gehen sicherlich auch auf das Konzept der Vernetzten Sicherheit zurück. Im Vergleich zur Provinz Nangarhar, die im Osten des Landes liegt, macht die Differenz sogar ganze 31 Prozentpunkte aus. Im traditionellen Regional-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AFGHANISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

25. Mai 2009

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

kommando Ost, das dem US-Militär untersteht, waren 84% der Befragten der Ansicht, dass die ISAF mittlerweile kein Sicherheitsgrant mehr ist.

### ISAF - ein militärische Besatzer? (+13 PP)

Der große Vertrauensvorschuss, den die ISAF viele Jahre unter der afghanischen Bevölkerung genoss, scheint größtenteils aufgebraucht. Im Jahr 2008 empfanden rund die Hälfte der Befragten die ISAF als Besatzer. Dies hat sich binnen eines Jahres rasant verändert. Mittlerweile geben 62% der interviewten Personen an, dass sie die ISAF als militärische Besatzer wahrnehmen. Nur noch 38% der Befragten sehen das anders. Dies stellt eine Veränderung von 13 Prozentpunkten zum Vorjahr dar. Auch bei dieser Frage gab es, anders als bei vielen anderen Themenblöcken, elementare Unterschiede zwischen den jeweiligen Landesteilen. So sehen im Vergleich in der Provinz Balkh nur 55% der Interviewteilnehmer die ISAF als militärischen Besatzer, in der Provinz Nangarhar sind es demgegenüber 78%, in der Provinz Khost 69%, in der Provinz Kabul 57% und in der Provinz Herat 54%.

### Beziehungen zu Pakistan (+4 PP)

Das nachbarschaftliche Verhältnis zu Pakistan nimmt in der afghanischen Geschichte eine ambivalente Rolle ein. Seit Anfang 2008 verbessern sich die bilateralen Beziehungen zwischen Kabul und Islamabad kontinuierlich. Dies ist auch im Interesse der befragten Personen: 79% der Befragten halten es für wichtig, die bilateralen Beziehungen zu Pakistan zu intensivieren. Dies ist eine Verbesserung um vier Prozentpunkte zum Vorjahr. Speziell die Provinzen der Grenzregion, Nangarhar (93%), Khost (85%) und Kabul (82%) bewerten diese Entwicklung sehr positiv. Demgegenüber scheint das Interesse in den Provinzen Herat (69%) und Balkh (67%) zwar ebenfalls stark, aber nicht so ausgeprägt zu sein.

### Beziehungen zu Iran (-3 PP)

Bezüglich der Intensivierung der Nachbarschaft zum Iran sprachen sich die Teilnehmer der Umfrage ebenfalls positiv aus. Ins-

gesamt 83% der Befragten hießen eine Vertiefung der politischen Beziehungen zwischen Kabul und Teheran gut, 17% sprachen sich dagegen aus. Bei einer im Jahr 2008 vorgenommenen Umfrage stimmten 86% für die Intensivierung.

### Sicherheitslage

Die gegenwärtige Sicherheitslage wurde von 72% der in das Umfrageprojekt eingebundenen Personen als nicht zufriedenstellend beurteilt. Lediglich 28% bezeichneten die Sicherheitslage im Land zwischen Hindu-kusch und Sefid-Kuh als gut.

### Engagement der internat. Gemeinschaft

Rund 2.300 der 5.040 befragten Personen bewerten das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan positiv; das sind rund 45%. Demgegenüber zeigten sich bei der Umfrage 55% nicht zufrieden. Auch bei dieser Frage gab es regionale Unterschiede. In der Provinz Balkh empfinden 55% der befragten Teilnehmer das Engagement positiv, in Khost 48%, in Nangarhar 39%, in Herat 49% und in Kabul 38%.

### Neue US-Strategie

Im Durchschnitt wird von 43% der Befragten der fünf Provinzen die neue US-Strategie für gut befunden, 57% stehen ihr ablehnend gegenüber. In der Provinz Nangarhar scheint man besonders viele Vorbehalte zu haben, rund 78% der Befragten der an Pakistan angrenzenden Provinz stehen der neuen US-Strategie kritisch gegenüber.

### Umgang mit den Taliban

Da die Hoffnung eines militärischen Erfolgs über die Taliban nicht unmittelbar greifbar ist, sehen sich mittlerweile viele Afghanen zunehmend als Opfer zwischen den Fronten des eskalierenden Konflikts. Zudem scheint der politische Pragmatismus der Bürgerkriegszeit zurückzukehren. Darauf lassen zumindest die Umfrageergebnisse schließen, bei denen 70% der Befragten angaben, dass mit der bewaffneten Opposition in Afghanistan Gespräche mit dem Ziel einer politischen Einbindung aufgenommen werden

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AFGHANISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

25. Mai 2009

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sollten. Lediglich 30% der Befragten verneinten die Frage. Augenscheinlich wird erneut, dass speziell im Osten und Südosten des Landes überdurchschnittlich viele Gesprächspartner mögliche Verhandlungsoptionen begrüßen würden. So beantworteten in Nangarhar 94% und in Khost 78% die Frage mit Ja. In Kabul teilten mit 64% sowie in Herat und Balkh mit 57% weit weniger Umfrageteilnehmer diese Ansichten.

### Transparente Wahlen?

Lediglich 32% der befragten Afghanen gehen von transparenten Wahlen aus, 67% befürchten Intransparenz und damit oftmals verbundene Wahlmanipulationen. Speziell in der Provinz Kabul scheint dieser Eindruck verstärkt vorzuherrschen, sehen dort doch mit 73%, rund 5% mehr als der Durchschnitt, die Gefahr für Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen als gegeben an.

### Ernstzunehmende Konkurrenten

Einer der bekannten Präsidentschaftskandidaten neben Karzai ist **Ashraf Ghani Ahmadzai**. Der 59jährige Paschtune war von 2002 bis 2004 Finanzminister und anschließend bis 2006 Rektor der Universität Kabul. Der an Eliteuniversitäten ausgebildete Ghani hat Erfahrungen mit Wahlen, kandidierte er doch schon – wenn auch nicht sonderlich erfolgreich - für das Amt des UNO-Generalsekretärs. Ebenso gute Chancen als nächster Präsident in dem Kabuler Gulkhana-Palast residieren zu dürfen, hat auch **Abdullah Abdullah**, der von 2001 bis 2006 das Amt des Außenministers bekleidete. Die Nationale Front entschied sich vor wenigen Wochen für den markanten Bartträger als ihren Präsidentschaftskandidaten. **Nasrullah Baryalai Arsalai**, ein Paschtune vom Stamm der Ahmadzai Jabarkhel, dessen in Afghanistan sehr bekannter Bruder Abdul Haq im Oktober 2001 von den Taliban ermordet wurde, nimmt vielleicht nur eine Außenseiterrolle ein. Er sollte aber wie viele andere Kandidaten, wie bspw. der aus der Ethnie der Hazara stammende **Ramazan Bashardost** und **Amin Arsala**, ein ehemaliges Kabinettsmitglied, nicht unterschätzt werden.

### Wer gewinnt die Präsidentschaftswahl?

Die Umfrageergebnisse haben ergeben, dass Hamid Karzai gute Chancen hat, die Präsidentschaftswahlen für sich zu entscheiden und damit im Amt zu bleiben. 23% der befragten Afghanen gaben an, für Karzai stimmen zu wollen. Damit liegt Karzai im Durchschnitt elf Prozentpunkte vor dem zweitplatzierten Ramazan Bashardost, einem parteilosen Parlamentarier und ehemaligen Planungsminister, der aus der östlichen Provinz Ghazni stammt, und den der Umfrage zufolge 12% der Befragten wählen wollen. Das Ergebnis, das der als Populist berühmt und berüchtigte Bashardost erhielt, kann als politische Überraschung gelten. Besonders auffällig ist, dass Bashardost in den Provinzen Balkh (24%) und Kabul (21%) über große Popularität zu verfügen scheint. Ex-Außenminister Abdullah Abdullah erhielt bei der Umfrage 10% der Stimmen, der ehemalige Finanzminister Ashraf Ghani Ahmadzai 8%. Abdullah, der zwar in Kandahar geboren wurde, scheint im Osten und Südosten Afghanistans über keine außerordentliche Popularität zu verfügen. In Nangarhar (3%) und Khost (6%) erhielt er nicht sonderlich viele Stimmen. Aber auch in Kabul (12%), Balkh (13%) und Herat (19%) scheint der Kandidat der Nationalen Front, zumindest der Umfrage nach, an seine politischen Grenzen zu stoßen.

Da ein Kandidat mindestens 50% der Stimmen benötigt, um im ersten Wahlgang Präsident werden zu können, erscheint den Umfrageergebnissen nach ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen als ein realistisches Szenario. Karzai wird sich demnach in einem zweiten Wahlgang gegen einen seiner Konkurrenten durchsetzen müssen.

### Die größte Herausforderung Karzais: Kein Kandidat, sondern die Wahlbeteiligung

Bei den ersten Präsidentschaftswahlen in der Post-Taliban-Ära am 09.10.2004 setzte sich Hamid Karzai mit 55,4% aller Stimmen gegen 18 Konkurrenten durch. Die Rolle der politischen Parteien bei der Präsidentschaftswahl war marginal. Hamid Karzai legte großen Wert darauf, als unabhängiger

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AFGHANISTAN

DR. BABAK KHALATBARI

25. Mai 2009

[www.kas.de/afghanistan](http://www.kas.de/afghanistan)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Kandidat in Erscheinung zu treten. Lediglich vier der 18 anderen Kandidaten verfügten über eine offizielle Parteimitgliedschaft. Dies waren Yunis Qanuni für Hizb-e-Nohzat-e-Melli Afghanistan, Abdul Latif Pedram für Hizb-e-Kongra-e-Milli Afghanistan, Ghulam Faruq Nijrabi für die Hizb-e-Istiqlal-e-Afghanistan und Syed Ishaq Gaialani für die Nuhzat-e-Hambastage Mili Afghanistan. Selbst bekannte Parteivorsitzende wie Abdul Rashid Dostum, Ahmad Shah Ahmadzai und Humayun Shah Asefi bevorzugten bei der Präsidentschaftswahl 2004 als unabhängige Kandidaten den Wahlkampf anzutreten. Der Trend der parteilosen, unabhängigen Kandidaten setzt sich fort. Lediglich sieben der 44 afghanischen Präsidentschaftskandidaten sind Vertreter politischer Parteien.

Bis vor wenigen Wochen schien es, als wäre Karzais politisches Haltbarkeitsdatum abgelaufen. Zudem wurde der afghanische Präsident vehement in den vergangenen Wochen international kritisiert, weil seine Regierung nicht intensiv genug gegen Korruption in den eigenen Reihen vorging, seine Regierung außerhalb von Kabul faktisch die Kontrolle über das Land verloren hat und ein aufsehenerregendes Ehegesetz für schiitischgläubige Afghaninnen für weltweites Staunen sorgte.

Hamid Karzai überraschte all diejenigen, die ihn schon abgeschrieben hatten mit einem Zweckbündnis der besonderen Art: In seiner neuen Allianz wird der Tadjike Muhammad Qasim Fahim, ein Ex-Vizepräsident und Ex-Verteidigungsminister sowie selbsternannter „Marschall“, Karzais erster Vizepräsident sein. Fahim, der lange Zeit in den Reihen der Nationalen Front in der Opposition agierte, stieß Ende April 2009 auf, dass an seiner Stelle Ex-Außenminister Abdullah Abdullah als Kandidat der Nationalen Front aufgestellt wurde. Kurzerhand wechselte Fahim die Fronten und ging das präsidentiale Bündnis mit Hamid Karzai ein. Als zweiter Vizepräsident wird Muhammad Karim Khalili antreten, der aus der Minderheit der schiitischen Hazara stammt. Ferner hat sich Karzai den Usbekengeneral Abdul Rashid Dostum, die Hazara-Führer Mohammad Mo-haqeq und Mohammed Asif Mohseni, den

Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Abdul Rab Rasoul Sayaf, sowie Muhammad Atta, der die wichtigsten Provinzen im Norden kontrolliert, an Bord geholt. Mit dem ethnisch ausgewogenen präsidentialen Dreigestirn werden die größten Bevölkerungsgruppen Afghanistans angesprochen.

Es scheint fast, dass Karzais größte Herausforderung kein Kandidat, sondern die Wahlbeteiligung sein wird. Ein zweiter Wahlgang mit einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen wird immer wahrscheinlicher. Eine Mehrheit von über 50% der Stimmen, wie im Jahr 2004 der Fall, kann fast ausgeschlossen werden. Durch eine geringe Wahlbeteiligung könnte die schon jetzt geschmälerete politische Legitimität in Afghanistan noch weiter reduziert werden. Vieles deutet daraufhin, dass der neue Präsident ein Koloss auf tönernen Füßen sein wird.

Hamid Karzai scheint eine anrühige Ver-nunftete mit zweifelhaften Milizenführern eingegangen zu sein, die ihm als Brautpreis die Stimmen der drei größten ethnischen Minderheiten zu beschern verspricht, zugleich aber auch viele Probleme. Diese werden Hamid Karzai aber wohl erst nach dem Urnengang heimsuchen – vorausgesetzt er gewinnt die Wahlen.